

Dr. Siegfried Suckut: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich danke sehr für diese Einladung. Ich habe mein Thema so strukturiert, daß ich zunächst etwas über die Funktion der Blockparteien im politischen System sagen, sozusagen das Grundmuster skizzieren möchte, danach etwas über die gesellschaftspolitische Funktion und anschließend etwas über andere wichtige politische und gesellschaftliche Funktionen dieser Parteien in der ehemaligen DDR. Zum Schluß möchte ich eine Art Bilanz versuchen.

Ich habe einen Themenbereich bewußt ausgeklammert: Ich werde nicht auf die Funktion dieser Parteien aus der Sicht der Mitgliederschaften detaillierter eingehen, weil das ja das Thema des anschließenden Vortrages von Herrn Lapp ist. Gleichwohl habe ich aber auch dazu gearbeitet und veröffentlicht. Ich habe einen Beitrag ausgelegt, den ich im Mai dieses Jahres für das „Parlament“ geschrieben habe. Auch der Wortlaut meines Referates wird Ihnen nachher zugänglich sein. Ich verspreche Ihnen, daß ich mich auch an die Zeitvorgabe halten und mit 30 Minuten sicher auskommen werde.

Zum Thema: „Zur gesellschaftspolitischen Funktion und Bedeutung der DDR-Blockparteien“!

Wer heute den Versuch unternimmt, Aussagen zur Funktion der Blockparteien in der früheren DDR zu treffen, begibt sich auf schwieriges Terrain. Zwar läßt sich nach Öffnung der Archive vieles beantworten, über das bisher nur spekuliert werden konnte, doch geraten Beiträge zu diesem Fragenkomplex leicht in den Sog der politischen Diskussion, die seit der Vereinigung entbrannt ist.

Gelten diese Parteien den einen als Horte des Widerstandes, halten andere sie für bloße „Blockflöten“, für klassische Mitläuferorganisationen. Eine dritte Deutung führte Christian von Ditfurth in die Debatte ein, der vor etwas mehr als einem Jahr eine Monographie zur DDR-CDU vorlegte und die These vertrat, sie sei keineswegs als „Partei von Mitläufern“ anzusehen. Die Führungsrolle der SED anzuerkennen sei vielmehr „den meisten 'Unionsfreunden' . . . ein internes Bedürfnis“ gewesen. Die östlichen Christdemokraten als überzeugte Anhänger des DDR-Sozialismus? – Zweifel scheinen angebracht.

Im folgenden wird der Versuch unternommen, ungeachtet der tagespolitischen Diskussionen und Interessen zu eigenen Aussagen zu kommen, die sich primär auf die nun zugänglichen Materialien in den Archiven der SED, der LDPD und der DDR-CDU stützen. Sie sollen aufgrund der knappen Zeit thesenartig formuliert werden. Im Mittelpunkt werden die „alten“ Blockparteien, CDU und LDPD, stehen.

Beide waren im Frühjahr 1945 als Parteien mit gesamtdeutschem Organisationsverständnis gebildet worden. Das entsprach den Vorstellungen der Gründungsväter ebenso wie den Interessen der Besatzungsmacht. Ihr ging es darum, die nichtkommunistischen Kräfte schon früh in ein festes Bündnis mit

der KPD einzubinden und von Berlin aus die Strukturen des zukünftigen gesamtdeutschen Parteiensystems und die Kooperationsformen vorzuprägen.

CDU und LDPD waren als Blockmitglieder formal gleichberechtigte Bündnispartner der KPD – eben keine Massenorganisationen – und hatten bei den Wahlen im Herbst 1946, zusammengenommen, ein besseres Ergebnis erzielt als die SED. Sie waren deren Verbündete, aber zugleich Konkurrenten um die Macht – ein Grundwiderspruch, der auch in den folgenden Jahren immer wieder aufschimmerte. So angepaßt sich ihre Führungen später verhielten, die machtbewußte Staatspartei sah in ihnen stets auch potentielle Kontrahenten.

Gerade die CDU und LDPD behielten bei den Machträgern das Odium von Organisationen, deren Mitglieder „altes“ Denken noch nicht überwunden hatten, zumindest in der Gefahr standen, ihm wieder zu verfallen. Kleinbürger eben, die sich ein Leninist nur als politisch noch Schwankende vorstellen konnte.

Unter gesamtdeutschen und Legitimationsaspekten war es für die SMAD wichtig, daß sie den gesellschaftspolitischen Veränderungen in der östlichen Besatzungszone zumeist zugestimmt hatten, wenn auch oft nur widerwillig und auf massives sowjetisches Drängen hin.

In dem Maße, in dem sich die Spaltung vertiefte und der Aufbau des Sozialismus im Osten voranschritt, erschienen der SED nationale Rücksichtnahme und potentielle Vermittlungsdienste verzichtbar. Gerade in Phasen von revolutionärem Optimismus neigte sie dazu, die Bedeutung der Blockparteien nur noch gering zu schätzen; häufig schien deren Fortexistenz ernsthaft bedroht.

Das gilt etwa für das Jahr 1948, für die Monate nach der 2. Parteikonferenz der SED 1952, die ersten Jahre nach dem Mauerbau und den Beginn der Ära Honecker, als die halbstaatlichen Betriebe in staatliche umgewandelt wurden und – kurz darauf – die „Schaffung der Grundlagen des Kommunismus“ zum Parteiprogramm erklärt wurde.

In Phasen machtpolitischer Verunsicherung der SED dagegen, speziell dann, wenn die Legitimationsdefizite des DDR-Sozialismus besonders spürbar wurden, konnten die Block-Verbündeten stets ihre Position festigen und erfreuten sich wachsender Wertschätzung durch die Führungspartei. So mit Beginn des „Neuen Kurses“ Anfang Juni 1953, im Zuge der Entstalinisierungsdebatte 1956 und unter dem Eindruck der Entwicklung in Polen wie der zunehmenden ökonomischen Probleme im eigenen Land seit Ende der 70er Jahre.

Jetzt galt der Sozialismus als „relativ eigenständige langandauernde gesellschaftliche Entwicklungsformation“, in der sich soziale Vielfalt erhalte und sogar weiter ausprägen. Vom Kommunismus war nicht mehr die Rede, wohl aber vom „stabilen Platz“ und der „langfristigen Perspektive“ der Blockparteien, die nun ermutigt wurden, „eigenständige, unverwechselbare Beiträge“ – wie es hieß – beim Ausbau der sozialistischen Ordnung zu leisten.

Je intensiver die „brain-trusts“ der SED in den 80er Jahren darüber nachdachten, wie gerade den technologischen Herausforderungen zu begegnen sei, desto sicherer gelangten sie zu Empfehlungen, die den Interessen wichtiger Mitgliedergruppen von CDU, LDPD und NDPD entgegenkamen, etwa zur Forderung, Eigeninitiative und Risikobereitschaft müßten gefördert, die Einkommen stärker differenziert und leistungsabhängig gemacht werden.

Ende der 80er Jahre schließlich, als die SED-Spitze versuchte, sich gegenüber der sowjetischen Reformpolitik abzuschotten, entdeckte sie das Mehrparteiensystem begrifflich neu und feierte seine Existenz als spezifisch deutschen Beitrag zur Praxis sozialistischen Aufbaus, als „Bündnispolitik in den Farben der DDR“. Was in der Sowjetunion noch diskutiert wurde – so sollte suggeriert werden –, sei von der KPD bereits in den 40er Jahren erkannt und in der DDR längst verwirklicht worden. Daß die Zulassung der Blockparteien eine sowjetische Entscheidung gewesen war, blieb unerwähnt.

Zur gedachten Funktion der Blockparteien, zur Hauptaufgabe Erziehung und Integration:

Ihre Funktion als Transmissionsorganisationen der SED bekamen die Blockparteien erst Mitte 1952 nach dem erklärten „Übergang zum Aufbau des Sozialismus“ zugewiesen. Den Zielen leninistischer Bündnispolitik entsprechend, sollten sie jene Bevölkerungsgruppen in die sozialistische Gesellschaftsordnung zu integrieren helfen, zu denen die SED keinen Zugang hatte, deren Mitarbeit aber für den Aufbau unverzichtbar war. Gedacht war speziell an die Angehörigen des Mittelstandes, also die beruflich noch Selbständigen, aber auch an die religiös Gebundenen.

Die späteren offiziellen Aussagen zum Verlauf dieser Integrationsbemühungen klingen wie eine reine Erfolgsgeschichte. Die Anhängerschaft der Blockparteien, so wurde behauptet, identifizierte sich zunehmend mit den gesellschaftspolitischen Vorgaben, und ihre Parteien näherten sich der SED immer stärker an – eine Deutung, die in gleichsam aufsteigenden Definitionen ihren Ausdruck fand: Aus „bürgerlich-demokratischen“ wurden „kleinbürgerlich-demokratische“, dann „demokratische“ und schließlich „befreundete“ Parteien. Die vermeintlichen Integrationserfolge drohten die Blockparteien zeitweise schon überflüssig zu machen, etwa, als Ende der 60er Jahre Ulbricht die DDR-Gesellschaft als homogene „sozialistische Menschengemeinschaft“ charakterisierte.

Die amtliche Erfolgsbilanz ließ sich durchaus mit Daten untermauern. Die Blockparteien meldeten seit Beginn der 70er Jahre wieder steigende Mitgliederzahlen und hatten zum Schluß annähernd 500 000 DDR-Bürger organisiert. In allen Parlamenten, im Ministerrat und den regionalen Verwaltungen waren sie vertreten. Die Parteichefs fungierten zugleich als stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates und unternahmen zahlreiche Auslandsreisen. Annähernd 100 000 Mitglieder wiesen die Statistiken als ehrenamtliche Mitarbeiter der

Nationalen Front aus, und fast tausend Gemeinden hatten einen Bürgermeister, der aus den Reihen einer der Blockparteien stammte.

Alle staatspolitisch wichtigen Entscheidungen waren von diesen Verbündeten mitgetragen worden – ein Faktum, das die Propaganda gern hervorhob, um das eklatante Legitimationsdefizit der SED-Herrschaft wenigstens formal zu verringern. Die Gründung halbstaatlicher Betriebe 1956 und deren Umwandlung in VEBs 1972 ging sogar formal auf Initiativen der Blockparteien zurück.

Daß die Funktionalisierung doch nicht so gut gelungen war, wie es die offizielle Darstellung glauben machen wollte, zeigte sich spätestens in den Monaten der Wende, als die Führungen sich unisono über diktatorisches Verhalten der SED in den zurückliegenden Jahren beschwerten und die Mitgliederschaften, allem Anschein nach nicht weniger entschieden als die Gesamtbevölkerung, für parlamentarische Demokratie und Marktwirtschaft optierten.

Noch wesentlich aufschlußreicher sind die jetzt zugänglichen Archivunterlagen. Danach zu urteilen, war der politisch-erzieherische Einfluß der Blockparteien auf die ihnen zugewiesenen Zielgruppen eher gering. Ein Grund dafür ist darin zu sehen, daß die Blockparteien gerade jene Bevölkerungsgruppen von den vermeintlichen Vorzügen des Sozialismus überzeugen sollten, die von seinem Aufbau sozial am stärksten gefährdet waren: die bisher Selbständigen – ein nahezu aussichtsloses Unterfangen.

Selbst die Parteiführer gerieten in Nöte, wenn sie die Unterstützung der leninistischen Staatspolitik mit dem weltanschaulichen Charakter ihrer Partei argumentativ in Einklang bringen sollten.

Manfred Gerlach wandte sich einmal, ideologischen Rat suchend, an einen führenden SED-Funktionär. Er habe als Mitglied des LDP-Zentralvorstandes demnächst ein Referat zu halten zum Thema: „Steht die LDP bejahend zum Marxismus-Leninismus?“ Ihm komme es „darauf an, Argumente zu haben, die“ er „anführen könnte“. „Wenn die LDP den Marxismus-Leninismus direkt bejahen würde“, so seine Überlegung, „würden logischerweise die Menschen sagen: Wozu brauchen wir noch eine LDP?“ Würde man ihn aber ablehnen, so gäbe es jetzt schon „ernste Diskussionen“ von LDP-Mitgliedern, die an Gewerkschafts- und FDJ-Schulungen teilnahmen und den historischen Materialismus bejahten. – Als manchmal selbst nicht Überzeugte Überzeugungsarbeit leisten zu wollen, war schwierig, eigentlich aussichtslos.

Überzeugender als der DDR-Sozialismus wirkte innerparteilich das westdeutsche Gegenmodell. Für die 50er Jahre läßt sich das klar belegen, aber auch aus den Stimmungsberichten der folgenden Jahrzehnte ist starke Westorientierung herauszulesen. Wahlsiege Adenauers wurden in manchen CDU-Ortsgruppen gefeiert, als wären es eigene gewesen, und hartnäckig hielt sich bis zum Mauerbau die heute illusionär wirkende Hoffnung, die Wiedervereinigung steht möglicherweise unmittelbar bevor.

Als in der mecklenburgischen Gemeinde Rakow in einer öffentlichen Versammlung über den Bau eines Kulturhauses diskutiert wurde, intervenierte ein Unions-Anhänger mit der Forderung „Hört auf zu bauen, im nächsten Jahr baut Adenauer sowieso bei uns!“ – Das war im Jahre 1954, hätte sich aber genauso gut 1960 ereignen können.

Anfang der 70er Jahre war Willy Brandt ganz offensichtlich der beliebteste Politiker unter den Anhängern aller Blockparteien, weil seine Deutschlandpolitik intensiveren Kontakt zur Bundesrepublik verhielt und nationale Hoffnung neu belebte. Die starke Westorientierung ließ eine politische Kluft zwischen Anhängerschaft und Führung entstehen. Sie verringerte sich in den Jahren nach dem Mauerbau, als die Bereitschaft zum Arrangement mit dem Staat in der DDR-Gesellschaft generell zunahm.

Die Basis ignorierte oft und zum Teil demonstrativ, was die Zentralen beschlossen hatten. Den ZK-Mitarbeitern erschienen die führenden Blockpartei-Funktionäre manchmal wie „Offiziere ohne Armee“. Schon auf Kreisebene ließ der Einfluß der Zentralverbände deutlich nach, und selbst größere Kaderrevirements unter den Kreissekretären vermochten daran nichts zu ändern. Offizieller Anspruch und vor Ort feststellbares Erscheinungsbild differierten gerade bei CDU und LDPD gewaltig. Das bestätigten nicht zuletzt auch die Berichte früherer Mitglieder.

Schon allein um den Mitgliederstand zu halten, waren aufgrund der starken Überalterung erhebliche Werbeanstrengungen notwendig, die erst seit den 70er Jahren von der SED voll gebilligt wurden. Der schließlich bis Ende der 80er Jahre anhaltende Zulauf erfolgte jedoch in hohem Maße aus Bevölkerungsschichten, an die sich die Blockparteien nach den SED-Vorgaben nicht oder nicht vorrangig wenden sollten.

Bei der CDU traf das – nach den rigiden SED-Statistiken, die soziale, aber keine weltanschaulichen Kriterien berücksichtigten – 1970 auf 90 Prozent der Neuaufnahmen zu, und das war durchaus keine Ausnahmejahr. Die eigentlich zugewiesenen sozialen Bezugsgruppen bildeten in der Mitgliedschaft von CDU, LDPD und NDPD bis zum Schluß nur eine Minderheit, prägten aber weithin das Parteileben an der Basis. Die besten Werte erreichte die NDPD, deren Neuzugänge 1970 immerhin zu 40 Prozent aus den zugeordneten Schichten stammten. Dazu zählten Handwerker, Gewerbetreibende, Unternehmer – die es damals noch gab –, freiberufliche Geistesschaffende – wie es hieß – und Komplementäre. Entsprechende Vorgaben galten für die LDPD.

Bei der CDU kamen als Bezugsgruppe die Geistlichen hinzu. Doch zeigten sich gerade sie in hohem Maße resistent gegenüber allen Werbeversuchen. Wie man den persönlichen Monatsberichten der CDU-Bezirksvorsitzenden an Parteichef Gerald Götting entnehmen kann, gelang es trotz intensiver Bemühungen nur selten, einen Pfarrer zum Unions-Beitritt zu bewegen. Über die Jahre waren nicht mehr als 300 bis 400 „Geistliche und Theologen“, wie

es hieß, in dieser Blockpartei organisiert; 1988 waren das 0,3 Prozent der Gesamtmitgliederschaft.

Die Bauernpartei warb lange Zeit vorrangig unter den in vollkollektivierten LPGs, dem sogenannten Typ III, Beschäftigten, sollte dieses Feld aber eigentlich der SED überlassen. Doch entsprach die Zusammensetzung der DBD-Mitgliederschaft wenigstens hinsichtlich der Berufsstruktur den Anweisungen: Sie bestand ganz überwiegend aus Bauern. Ihre Kreisvorstände sprachen in größerem Maße Neuaufnahmen mit den Vertretern der Einheitspartei ab. Auch aus diesem Grund galt die DBD als verlässlichste Verbündete und wurde bei offiziellen Aufzählungen als erste genannt.

Nicht ohne Argwohn registrierte die SED dagegen den beachtlichen Zulauf aus den Reihen der Intelligenz und die beharrliche Praxis der CDU, sich als primär weltanschaulich geprägte Organisation zu definieren und auch Arbeiter aufzunehmen. Besondere Wertschätzung genossen die Blockparteien unter den Lehrern. Sie wurden hier zu ernsthaften Konkurrenten der SED, die schließlich größere Zurückhaltung bei der Werbung annahmte; das war Anfang der 70er Jahre.

Daß die Vorgaben für die Mitgliedergewinnung nicht konsequent beachtet und die gesellschaftspolitischen Ziele der SED so teilweise unterlaufen wurden, war auf das gemeinsame Interesse der Basisorganisationen wie der Spitzen zurückzuführen, die Fortexistenz der Partei nicht zu gefährden. Selbst ein so SED-loyaler Politiker wie der stellvertretende CDU-Vorsitzende Wolfgang Heyl wollte verhindern, daß die Union unter die Marke von 100 000 Organisierten absank, und ließ sich nicht nur vom gesellschaftspolitischen Auftrag, sondern auch vom Eigeninteresse seiner Partei leiten.

Noch ausgeprägter tat das der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach, der gegenüber seinen Gesprächspartnern in der SED-Führung immer wieder eine stärkere Repräsentanz der Liberalen im Staatsapparat und mehr Beachtung in den Medien annahmte. Als 1977 das Politbüro neue Dienstwagen schwedischen Fabrikats erhielt, wurde der statusbewußte LDPD-Chef umgehend im ZK vorstellig und drängte auf Gleichbehandlung. „Volvo – ja“ schrieb Honecker schließlich in seiner typischen Art mit Filzstift über die Anfrage. Freilich erhielten Gerlach und die übrigen Vorsitzenden die Karossen nicht in ihrer Funktion als Parteichefs, sondern als stellvertretende Vorsitzende des Staatsrates.

Eine gesellschaftliche Sonderfunktion, die speziell bis Anfang der 70er Jahre wichtig war, darf in dieser Aufzählung nicht vergessen werden: CDU und LDPD sollten zugleich unter der Anhängerschaft ihrer früheren westdeutschen Schwesterparteien für den DDR-Sozialismus werben und auf eine Vereinigung unter östlichen Vorzeichen hinarbeiten.

Die Geschichte der daraus entstandenen Kontakte und Kontaktversuche ist eines der interessantesten Kapitel deutscher Nachkriegsentwicklung und

mittlerweile recht gut rekonstruierbar. In Kürze wird dazu ein Beitrag von Roger Engelmann in der Schriftenreihe des Instituts für Zeitgeschichte München erscheinen, und vor wenigen Tagen ist ein von mir verfaßter im Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung veröffentlicht worden.

Während sich die Liberalen sogar – wenn auch nur einmalig – zu offiziellen Beratungen (in Weimar) trafen und danach immer wieder informelle Gespräche führten, verhielt sich die West-CDU entschieden ablehnend gegenüber Gesprächsangeboten ihrer östlichen Namensschwester. Argwöhnisch beobachtete das ZK der SED alle innerdeutschen Kontakte zwischen Mitgliedern dieser Parteien und war darauf bedacht, eine innenpolitische Aufwertung der Blockparteien durch solche Beziehungen zu verhindern. Ein schwieriger Balanceakt der SED-Deutschlandpolitik!

Wie schwierig er manchmal war, mag ein Zitat verdeutlichen, das aus dem stenographischen Protokoll der Sitzung des Zentralen Blockausschusses vom 15. Oktober 1956 stammt, einer Sitzung also, die wenige Tage nach dem Weimarer Treffen stattgefunden hatte; über das Ergebnis dieses Treffens wurde dort vorrangig diskutiert.

Otto Grotewohl nahm da zu der Frage Stellung, ob es denn denkbar sei, daß zukünftige F.D.P.-Vertreter in Mitgliederversammlungen der LDPD aufträten, wie es ja von der F.D.P. auch gerade in Weimar intensiv gefordert worden war. Otto Grotewohl führt dort aus:

„Wenn nun diese Sorte, die hier als Unterhändler aufgetreten ist, (er meinte die F.D.P.-Vertreter!) in Ihren Mitgliederversammlungen sitzt und redet, da braucht gar nichts zu geschehen. Von Ihren Mitgliedern braucht keines auch nur ein einziges Wort dazu zu sagen. Aber die Freude im innern, daß nun endlich ihren wirklichen Anschauungen entsprechend geredet wird, das ist die Zersetzung, die innere Zersetzung. Und Ihre Arbeit, die Sie 12 Jahre geleistet haben, um den Teil des Bürgertums, den Sie um sich versammelt haben, zu fortschrittlichen Menschen zu machen und sie in die aufbauende Arbeit unseres Staates einzugliedern, löst sich auf. Da können Sie machen, was Sie wollen. Es wird ja keiner auftreten und das sagen; das haben die gar nicht nötig. Allein die Tatsache, daß diese negativen Tendenzen gestärkt und beflügelt werden, bedeutet die politische Auflösung der LDP.“

Man sieht, wie sehr die SED – natürlich auch damals schon und in diesem Punkt besonders – im Grunde genommen auf Abgrenzung angewiesen war, daß eigentlich die SED und die LDP bei diesen innerdeutschen Kontakten überfordert waren. Hätte es sie in intensiverer Form gegeben, wären sie fortgesetzt worden, wäre das eine ganz schwierige Situation geworden.

Der Effekt der von den Blockparteien betriebenen Westpropaganda und Westarbeit dürfte bei den Adressanten allem Anschein nach sehr gering gewesen sein. Zu abenteuerlich war etwa die These, der Mittelstand habe eigentlich nur in der DDR eine sichere Zukunft.

Nun zu den sonstigen Funktionen, zu den Bereichen Konsultation, Information, Interessenvertretung:

Westliche Sozialwissenschaftler hatten den Blockparteien und Massenorganisationen seit den 60er Jahren ein erweitertes Funktionsspektrum untergestellt und ihnen u. a. diese Funktionen – Konsultations-, Informations- und Interessenvertretungsleistungen – zugeschrieben; Transmission – so die Annahme – gebe es auch in umgekehrter Richtung: von unten nach oben.

Die jetzt zugänglichen Archivunterlagen bestätigen diese These. Umfangreich und für die SED sicher nützlich waren die Berichte, die sie über die Stimmungen in den Mitgliederschaften und den ihnen nahestehenden Bevölkerungsgruppen erhielt. Vor ihren Parteitage, der Verabschiedung von Programmen oder der Verfassung etwa konsultierte die SED die Blockparteien und bat um Stellungnahmen zu den vorgelegten Entwürfen.

Was die Verbündeten anregen, läßt erkennen, daß sie durchaus auch Interessenvertretungsaufgaben für ihre Mitglieder wahrnahmen. So forderte die CDU u. a., die Gleichberechtigung aller Bürger „unabhängig von ihrem weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis“, wie es hieß, im SED-Programm von 1976 festzuschreiben und (1971, zum VIII. Parteitag der SED) zu Weihnachten geistliche Chormusik in das Fernsehprogramm der DDR aufzunehmen. Der LDPD ging es vorrangig um die Förderung der Privatbetriebe.

Die Reaktion der SED war zumeist sehr ablehnend. Die gesamt-gesellschaftlichen Interessen müßten im Vordergrund stehen, und die Existenz weltanschaulicher Unterschiede dürfe nicht noch betont werden, lautete ein Standardargument.

Als die LDPD 1968 anregte, das Mehrparteiensystem in der Verfassung zu verankern, zeigte sich die SED-Spitze geradezu alarmiert. Der Begriff lasse die „führende Rolle“ ihrer Partei nicht erkennen, bemerkte sie offenbar erst jetzt und strich ihn nun gänzlich aus dem offiziellen Vokabular.

Viele Anregungen wurden freilich auch angenommen, doch waren sie in der Regel nur von geringer Bedeutung. Was gut und wichtig schien, vereinnahmte die SED dagegen gern für sich selbst, etwa das CDU-Angebot aus dem Jahre 1977, eine Unterschriftenaktion gegen die Neutronenbombe unter den Pfarrern der Republik zu starten. Das sei Sache der Nationalen Front, entschied das ZK.

Hier dokumentierte sich anschaulich der Doppelcharakter der Blockparteien, wie die SED ihn wahrnahm: als Verbündete und potentielle Konkurrenten.

Bilanz. Versucht man zu bilanzieren, in welchem Maße die Blockparteien den ihnen zugewiesenen bündnispolitischen Aufgaben gerecht geworden sind, so fällt das Ergebnis für den Auftraggeber, die SED, unbefriedigend aus. Die Erfüllung der – im SED-Jargon – „Hauptaufgabe“, die politische Überzeugung und Erziehung bestimmter Bevölkerungsgruppen, war in nur

geringem Maße gelungen. Die Mitgliederschaften blieben westorientiert, zeigten aber Arrangementbereitschaft; das entsprach in der Grundstruktur dem Verhalten der Gesamtbevölkerung.

Das Scheitern der Blockparteien als Transmissionsorganisationen zeigte sich am deutlichsten bei der CDU. Gerade im Herbst 1989 trat offen zutage, daß kirchliche Diskussionen und Interessen stärker auf die Partei wirkten als umgekehrt, ein Faktum, das die SED bereits in früheren Jahren konstatiert hatte. Folgt man den internen Berichten Gerald Göttings, dann waren 1972 die Gegenstimmen und Stimmenthaltungen von Christdemokraten beim Volkskammerbeschluß über die Reform des § 218 dem innerparteilichen Einfluß der Religionsgemeinschaften zuzuschreiben.

Die unter dem Dach der Kirchen geführten Diskussionen um Demokratie und Demokratisierung schließlich griffen 1989 auf die Union über und führten letztlich die Wende auch in dieser Partei herbei. Darüber legen die im CDU-Archiv überlieferten Dokumente beredt Zeugnis ab.

Doch gab es aus SED-Sicht auch Positives zu verzeichnen. Zu Zehntausenden hatten die Mitglieder der Blockparteien staatliche Ämter und Aufträge übernommen, zumeist unbezahlte und unbeliebte, etwa als Wahlhelfer in der Nationalen Front. In diesem staatsloyalen Engagement unterschieden sie sich – zumindest graduell – von der Gesamtbevölkerung. Die SED wußte die Unterstützungsbereitschaft der von der Sache weithin nicht Überzeugten durchaus zu schätzen. Sie waren eine zwar nur bedingt zuverlässige, aber wichtige Kaderreserve, ohne deren Mitwirkung das Gesamtsystem kaum funktioniert hätte. Die zahlenmäßigen Erfolgsbilanzen waren halt nicht nur Makulatur. Die Blockparteien hatten in der Tat ihren Anteil an dem, was in der DDR geschah – am Guten wie am Bösen.

Vielen Dank. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke, Herr Suckut. – Ich meine, wir sollten, wenn Fragebedarf vorhanden ist, im Anschluß an die Vorträge der drei Referenten eine kurze Fragerunde machen. Deshalb möchte ich Sie, Herr Dr. Suckut, jetzt zunächst hier verabschieden und Herrn Dr. Lapp nach vorn bitten. Herr Dr. Peter Joachim Lapp ist Redakteur in der Abteilung „Dokumentation Ost-West“ des Deutschlandfunks in Köln. Er hat eine Reihe von Studien über die ehemalige DDR, jetzt aber auch Portraits über die fünf neuen Länder geschrieben. Er hat sich insbesondere auch beschäftigt mit den Grenztruppen der DDR, mit der Volksmarine, mit der Traditionspflege, mit Teilen des politischen Systems der DDR und natürlich auch mit den Blockparteien.

Herr Dr. Lapp wird zu uns sprechen über das Thema „Die Blockparteien und ihre Mitglieder“. Bitte, Herr Lapp.

Dr. Peter-Joachim Lapp: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wer

in der ehemaligen DDR vor der Wende im Herbst 1989 damit rechnen mußte, daß die Republik auch ihren 50. Geburtstag erleben würde, für den war allein die Existenz von Parteien neben der führenden SED ein Wert an sich.

Und in den Augen ihrer damaligen Mitglieder und Freunde – Ende der 80er Jahre zählten sie immerhin fast eine halbe Million Parteimitglieder – waren DDR-CDU, LDPD, NDPD und DBD politische Überlebensnischen und Organisationen der Lebens- und Berufshilfe in einer marxistisch-leninistisch bestimmten Umwelt.

Vor Ort ging man freundschaftlich bis familiär miteinander um. Man befand sich in einer Außenseiterrolle gegenüber der angeblich sozialistischen Gesellschaft, und das verband.

Mitglieder der vier Blockparteien gehörten mehrheitlich zu Klassen bzw. Schichten, die von der führenden SED als eher zweitrangig eingeschätzt und eingeordnet wurden. Die Parteien waren außerdem davon bedroht, dann, wenn der Kommunismus ausbrechen sollte, abgeschafft zu werden. Sie sahen sich einer „gesetzmäßig wachsenden Rolle“ der „Partei der Arbeiterklasse“ gegenüber, die immer beinhalten konnte, jähe Wendungen zu erleben und zum Beispiel einem Aufnahmestopp ausgesetzt zu sein.

Aus der Sicht ihrer fast 500 000 Mitglieder handelte es sich bei den vier Parteien um Gebilde, die von den Schalthebeln der Macht ferngehalten wurden, aber dennoch bemüht waren, Ideen nichtkommunistischer Herkunft in den zentralen, territorialen und örtlichen Entscheidungsprozeß einzubringen. Der jeweiligen Parteiführung in Ost-Berlin traute man zwar in den „großen“ Fragen der Politik ebensowenig über den Weg wie der SED-Leitung, doch wußte man um die Abhängigkeit der Blockpartei-Oberen. Man erkannte, daß diese die Führung der SED akzeptieren mußten, sich den Weisungen aus der ZK-Abteilung „Befreundete Parteien“ in allen Fällen zu beugen hatten. Und natürlich war in Kreisen der Mitglieder und Freunde der Blockparteien bekannt, daß die eigenen leitenden Funktionäre allesamt mit Förderung und Billigung der SED ihre Ämter erhielten und diese nur halten konnten, wenn sie das Vertrauen der Einheitssozialisten rechtfertigten.

Daß es sich bei der eigenen Blockparteileitung vielfach um eine Negativauslese handelte, war gängige Meinung. Aber: Man unterstützte und sympathisierte doch mit denjenigen Funktionären, die die geringen Handlungsräume ausnutzten und versuchten, wenigstens in Teilbereichen eigene Vorstellungen einzubringen.

Das war seit Anfang der 80er Jahre mehr als zuvor möglich, da sich die führende Partei offensichtlich entschlossen hatte, ihre „Bündnispolitik“, wie sie das nannte, wieder einmal zu aktivieren. Und sogleich stiegen als Folge dieser erweiterten Mitgestaltungschancen der Blockparteien auch ihre Mitgliederzahlen. Insbesondere auch aufgrund der Mitte der 70er Jahre

revidierten SED-Gewerbepolitik kamen verstärkt Handwerker und kleine Händler in die „befreundeten Parteien“ der Einheitssozialisten.

Diese kanalisiert von Anfang an die Mitgliederbewegung und achteten strikt darauf, die Arbeiterklasse – nach der DDR-amtlichen Klassen- und Sozialstruktur rund 75 Prozent der Beschäftigten – für sich zu reklamieren. Dazu zählten nach SED-Selbstverständnis außer Arbeitern auch Angestellte und Angehörige der Intelligenz, soweit sie proletarischer Herkunft waren.

Darüber hinaus beanspruchte die Einheitspartei, die „fortschrittlichsten“ Genossenschaftsbauern in ihren Reihen zu sammeln; offiziellen Angaben zufolge zählten 6 Prozent der Beschäftigten zur Klasse der Genossenschaftsbauern.

Den vier Blockparteien teilte die SED folgende Bevölkerungsschichten, Personen und Berufsgruppen zu: Christen aus allen Klassen und sozialen Schichten; Genossenschaftsbauern, die noch stark in klein- oder mittelbäuerlichen Traditionen verwurzelt waren; Angestellte aus allen Berufen, die vor allem im nichtproduzierenden Bereich der Volkswirtschaft tätig waren und/oder ein nichtproletarisches Elternhaus hatten; Selbständige aller Art.

Angehörige dieser Klassen und Schichten kamen in aller Regel nicht für eine Mitgliedschaft in der SED in Frage. Sie mußten, falls sie eine Parteimitgliedschaft wollten, bei den Blockparteien vorstellig werden.

Das Mitgliederreservoir der vier Blockparteien war trotz dieser Einschränkungen groß genug; denn allein die Christen umfaßten noch – selbst bei zurückhaltender Bewertung – Größenordnungen von einigen Millionen Bürgern. Diese waren, auch nach SED-Leseart, zuerst über die CDU der DDR anzusprechen. Und auch nach Ansicht ihrer Mitglieder und Freunde war die CDU immer eine Partei von und für Christen, die sich aber andererseits nie – auch nicht nach der Wende – als „Kirchenpartei“ verstand.

„Als Christ geht man nicht in die CDU!“, hieß es zwar in der 80er Jahren öfter in Oppositionskreisen unter dem Dach der Kirche, doch sollte man diese Polemik nicht überbewerten. Immerhin ist aber festzuhalten, daß es dieser Partei niemals gelang, ihre Möglichkeiten unter Christen auszuschöpfen. Mit zuletzt über 140 000 „Unionsfreunden“ war die CDU zwar die mitgliederstärkste Blockpartei der DDR, doch hielt die übergroße Mehrheit der Gläubigen zur Partei Distanz.

Dabei gehörten der DDR-CDU immer auch mehrere hundert „kirchliche Amtsträger“ an, unter ihnen auch Pfarrer. Und zeitweise war ein Landesbischof „Ehrenmitglied“ der CDU: M.M., Moritz Mitzenheim.

Dennoch: Die Mehrzahl der Gläubigen hielt sich bedeckt, nur eine Minderheit kirchlicher Amtsträger erwarb das Parteibuch. Die Kirchen selbst wollten von der DDR-CDU wenig wissen; bis auf die Anhänger des sogenannten Thüringer Weges entwickelten sich kaum intensive Beziehungen.

Dabei konnte eine Mitgliedschaft in der DDR-CDU für diejenigen Christen

von Vorteil ein, die beruflich eine gewisse Karriere anstrebten. Wer als angehender Pädagoge Mitglied der Partei wurde, konnte sich Hoffnung auf eine der vielen Stellvertreter-Positionen an Bildungseinrichtungen machen, und er war in der „marxistisch-leninistischen Bekenntnisschule“ (Gottfried Forck) vor ideologisch-politischen Nachstellungen der SED sicher.

1988 gab es noch rund 4 500 Lehrer und Erzieher, die der DDR-CDU angehörten; 1955 waren es 5 500, also 1 000 mehr. Davon fungierten allerdings nur noch ganze 16 als Direktoren, im Gegensatz zu 1983, wo es noch 23 waren. So bot, wie Siegfried Suckut in seinem Aufsatz über die Blockparteien im „Parlament“ vom Mai dieses Jahres betont, das Parteidokument „faktisch den Garantieschein“ dafür, „nicht Direktor werden zu können“. Aber der Betreffende konnte eben – das sei nochmals unterstrichen – durchaus die Position eines Stellvertreters erreichen, wobei dann das CDU-Parteibuch wirklich von Nutzen war.

Verkürzt formuliert bzw. begründet, galt das auch für fast alle anderen Berufsgruppen: Die Angehörigen der Blockparteien waren überall die klassischen Anwärter für Stellvertreter-Positionen, auf allen Ebenen von Staatsapparat, Wirtschaft und Gesellschaft. Dafür hatte die führende SED den befreundeten Parteien großzügige Kontingente zugewiesen, die teilweise vor Ort noch nicht einmal immer – mangels Mitgliedern – besetzt werden konnten.

Blockparteimitglieder sollten in erster Linie in der zweiten Reihe Verantwortung übernehmen; die Leitungsfunktionen hatte sich die SED vorbehalten. Diejenigen Leitungspositionen, die traditionell seit den später 40er und frühen 50er Jahre im Besitze von Blockparteilern waren, wurden in den 70er und 80er Jahren verstärkt abgebaut und Genossen zugeordnet. Stellte die DDR-CDU im Jahre 1973 noch 615 Leiter von VEBs, waren es 1988 nur noch 130. Bei den LPGs hatten 1961 noch 728 Unionsfreunde die Leitung, 1988 dagegen nur noch ganze 53. – Auch diese Angaben sind aus dem Aufsatz von Herrn Suckut.

Das lag natürlich einmal daran, daß die CDU die mitgliederstärkste Blockpartei war, zum anderen aber auch an der Absicht der SED, möglichst viele parteilose Christen in die Union zu locken und diese einzubinden beim Aufbau des realen Sozialismus. Die Leistungen des christlichen Teils der Bevölkerung waren durchaus gefragt. Die christliche bzw. die evangelische Arbeitsethik galt auch in Kreisen der Kommunisten als vorbildlich, und man wollte diese abschöpfen. Deshalb schanzte die SED beispielsweise im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens sowie der kulturellen Institutionen der DDR-CDU mehr als 50 Prozent der Leitungspositionen zu, die den Blockparteien vorbehalten waren.

Ergebnis: Die CDU konnte künftigen Unionsfreunden schon bei den Aufnahmegesprächen, sofern sie in den genannten Bereichen arbeiteten, eher einen Leitungsposten in Aussicht stellen als die anderen Blockparteien.

Im Gesundheits- und Sozialwesen der alten DDR war die CDU deshalb überrepräsentiert im Vergleich zu den übrigen Blockparteien. Christliche Arbeitsethik konnte sich damit durchaus in diesem Bereich behaupten, was sicher von vielen Bürgern als wohltuend empfunden wurde. Die Chance, als Unionsfreund eher eine Position im Gesundheits- und Sozialwesen zu bekommen als ein parteiloser Christ, war bekannt und kann als ein Motiv für den Parteibeitritt gelten.

Überhaupt war die Chance, als Christ in der DDR beruflich eine Karriere zu machen, mit dem Parteibuch der CDU günstiger. Wer stark berufsbezogen dachte, ehrgeizig war, eine Familie und Verpflichtungen hatte, konnte durch seinen Beitritt zur CDU seine Situation in der atheistisch gewollten Gesellschaft verbessern. Und er konnte vor Ort zumeist Unionsfreunde finden, die sich aus den gleichen Gründen der Partei angeschlossen hatten, um in einer oft als feindlich empfundenen Umwelt besser zurechtzukommen.

Schließlich – auch wenn das von seiten der Führung nie betont wurde – trat man einer Partei bei, die einer „unwissenschaftlichen“ oder idealistischen Weltanschauung anhing – bekanntlich galt die Religion als Überbleibsel der alten Gesellschaft; Religion und Kirchen wurden als Übergangserscheinungen aufgefaßt, die dereinst absterben würden. So die Meinung der SED.

Wer als Frau oder Mann in jungen Jahren in der DDR den „christlichen Demokraten“ zustrebte, wurde von der führenden Partei im allgemeinen politisch als rückständig, zumindest aber als unsicherer Kantonist angesehen. Abgesehen von den Kreaturen, die sich im Auftrage der SED und der Staatssicherheit um eine Mitgliedschaft in der DDR-CDU bemühten, waren die Mitglieder der Partei in den Augen der SED durchweg nur in Teilbereichen der Gesellschaft einzusetzen und zu gebrauchen. Man wußte bei den Kommunisten sehr wohl, welche Vorbehalte es gegen die Führungsrolle der Marxisten-Leninisten gab.

Die Behauptung eifertiger Enthüllungsschreiber, die Mitglieder der DDR-CDU hätten die SED-Herrschaft akzeptiert, ja, es sei den meisten Unionsfreunden sogar ein „inneres Bedürfnis“ gewesen, die SED-Führungsrolle anzuerkennen, wird weder durch eigenen Augenschein und eigene Gespräche noch durch Dokumente von SED und Blockparteien gedeckt.

Die DDR-CDU gar als „Schild und Schwert der SED“ vorzustellen, ist völlig unsinnig – das war bekanntlich die Stasi. Der betreffende Journalist konnte in seiner Schrift zwar Belege für Überanpassung und Verrat anführen, doch gab und gibt es in jeder Partei „Gesinnungsakrobaten“.

Die Mehrheit der Mitglieder und der kleinen Mandatsträger der DDR-CDU hat sich nichts zuschulden kommen lassen. Sie „machten mit“, aber nicht an verantwortlicher Stelle; sie stabilisierten das System, aber nicht in seinen Grundfesten.

Und nicht wenige Unionsfreunde bewahrten sich die Erinnerung an die Gründungsjahre, schauten nach Westen, hielten Verbindung zu ihrer Kirche, ließen sie nicht innerlich auf den Kommunismus ein. Die mutigsten Unionsfreunde stießen 1989 zum „Neuen Forum“ und formulierten den „Brief von Weimar“. Die weitaus übergroße Mehrheit setzte seit dem Sonderparteitag im Dezember 1989 in Ost-Berlin auf den Reformflügel der Partei.

Die politische Wende in der Partei wurde auch deshalb erleichtert, weil viele ihre politischen Überzeugungen seit Jahren und seit Jahrzehnten gewissermaßen geparkt und quasi stillgelegt hatten, hoffend auf eine andere Zeit, und christdemokratische Ideen 1989/90 reaktivierten.

Vor der politischen Wende erklärte der 1. Vorsitzende der Exil-CDU, Siegfried Dübel, im April 1989 auf dem 20. Parteitag in Duderstadt wörtlich: „Die Mitglieder der CDU, unserer CDU in der DDR, sind zu über 90 Prozent genauso gute oder schlechte Demokraten wie die CDU-Mitglieder in der Bundesrepublik.“ Zitat von Herrn Dübel aus dem April '89.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre ist an der Basis der CDU ebenso wie in der LDPD – weniger in NDPD und DBD –, aber auch in der SED steigende Unlust darüber festzustellen, sich weiter der Ost-Berliner Parteiführung widerspruchslos unterzuordnen. Nachweislich wird auf den unteren Parteiebenen zunehmend offen und kritisch diskutiert und werden gesellschaftspolitische Probleme auch beim Namen genannt.

Die Basis war, was die CDU in der DDR betraf, von der sozialen Zusammensetzung her recht repräsentativ für den Bevölkerungsdurchschnitt – allerdings mit einem gewissen Übergewicht an Bürgern, die wir hierzulande zu den Mittelschichten gerechnet hätten: knapp 40 Prozent Angestellte, 13 Prozent Geistesschaffende bzw. Angehörige der Intelligenz, 12 Prozent Handwerker und Kleingewerbler, 17 Prozent Genossenschaftsbauern und – immerhin – 10 Prozent Arbeiter. So die offiziellen Zahlen für 1985.

Von daher gesehen war die DDR-CDU – im Vergleich zu den anderen Blockparteien – am ehesten noch „Volkspartei“ wie die CDU im Westen, was zum Beispiel Wolfgang Schäuble in seinem Buch über den Einigungsvertrag 1990 ausdrücklich bestätigt, wenn er schreibt: „An der Basis der Mitgliedschaft ist die Ost-CDU auch nach über vierzig Jahren der Teilung unserer West-CDU strukturell sehr ähnlich geblieben.“

Daß diese Mitgliedschaft der CDU immer Vorbehalte gegen die führende Rolle der SED hatte – wie übrigens auch die „Parteifreunde“ der zweiten klassischen Blockpartei, der LDPD, ebenfalls schon 1945 gegründet –, machen zahlreiche interne Berichte der Blockparteileitungen klar. Zumindest dauerte es in der Mitgliedschaft von DDR-CDU und LDPD immer etwas länger, bis man die Leute im Sinne der Einheitssozialisten „im Griff“ hatte, bis man ihre äußere Anpassung erzwang.

Immer gab es Teile in der Mitgliedschaft der beiden erstgeborenen Blockparteien, die oppositionell eingestellt waren und darauf warteten, daß es einmal anders kommen würde. Diese Kreise wurden in den 70er Jahren zwar stiller, erlebten jedoch seit Mitte der 80er Jahre dann – unter anderen Vorzeichen – einen Aufschwung im Gefolge der Gorbatschowschen Ideen. Feststellbar und belegfähig sind generelle Vorbehalte in der Mitgliedschaft gegen politische Entscheidungen in den 50er und 60er Jahren. Eine Minderheit in der DDR-CDU und LDPD stellte zum Beispiel Mauer und Einmarsch in die CSSR in den Jahren 1961 bzw. 1968 in Frage.

Vor allem in der LDPD belebten sich seit Anfang der 80er Jahre dann Vorbehalte gegen Teilentscheidungen der SED, nicht gegen die „große Linie“, sondern vor allem in Bereichen der Wirtschafts- und Kulturpolitik.

Auch ließ der Vorsitzende der LDPD, Manfred Gerlach, im Gegensatz zu anderen Blockpartei-Oberern, seit Mitte der 80er Jahre deutliche Distanz zum Alleinherrschaftsanspruch der SED erkennen. Gerlach wurde von den einfachen LDPD-Mitgliedern als Garant einer Entwicklung gesehen, die geringen Möglichkeiten der „befreundeten Parteien“ gegenüber der SED auszunutzen.

Die LDPD-Führung unter Gerlach leitete in den 80er Jahren eigenständige Strategien bei der Mitwirkung im realen DDR-Sozialismus ein, die bei der Mehrheit der Parteifreunde Anerkennung fanden und der LDPD neue Mitglieder und Freunde bescherten. Auch wurde seitens der LDPD-Leitung die Diskussionsbreite – bei nach wie vor grundsätzlicher Akzeptanz des Sozialismus – erhöht und die Mitgliedschaft ermuntert, von ihren Rechten vor Ort stärker Gebrauch zu machen.

Ergebnis: Das Selbstbewußtsein der gut 100 000 Parteifreunde festigte sich, oft zum Erstaunen, zum Ärger der SED und der anderen Blockparteien. Die Mitgliedschaft konnte sich in den 80er Jahren weitgehend mit ihrem Parteichef identifizieren, dessen Führungsstil immer als vergleichsweise angenehm empfunden wurde.

Zu keinem anderen Blockpartei-Leiter konnte die Mehrheit der normalen Mitglieder ein ähnlich offenes, entspanntes, teilweise sogar herzliches Verhältnis herstellen wie zum Vorsitzenden der LDPD. Deshalb sind die heute gegen Gerlach vorgebrachten Vorwürfe, er habe einst Parteifreunde an den sowjetischen Geheimdienst verraten, um so bedauerlicher und – sollten sie zutreffen – um so tragischer, weil er Vertrauen und Hoffnung bei Zehntausenden LDPD-Mitgliedern schuf und sich bis heute vieler Sympathien in der F.D.P. der neuen Bundesländer erfreut.

Nicht wenige neue Mitglieder sind in den 80er Jahren der LDPD beigetreten wegen dieses Chefs und seiner Politik. Keine andere Blockpartei konnte so starke Mitgliedergerwinne erzielen wie die LDPD, die 1988 im Vergleich zu 1977 einen Zuwachs von 48 Prozent vermelden durfte. Die Bürger, die

seinerzeit der LDPD zustrebten, wußten die Atmosphäre zu schätzen, die ihnen in den Ortsgruppen geboten wurde und die praktische Lebens- und Berufshilfe war, in erster Linie für Handwerker und Gewerbetreibende, aber auch für kleine und mittlere Angestellte sowie Teile der Intelligenz und der Künstler. Stefan Heym veröffentlichte im LDPD-Buchverlag, falls überhaupt in der DDR.

Mit annähernd 25 Prozent waren Handwerker und Kleingewerbler in der LDPD besonders zahlreich vertreten und stellten nach den Angestellten die stärkste Berufsgruppe. Nur die NDPD, die National-Demokratische Partei, konnte vergleichbare Prozentzahlen vorweisen. Von den LDPD-Mitgliedern waren 33 Prozent Angestellte, bei der NDPD 32 Prozent. Bei der Intelligenz lauteten für 1985 die Zahlen: 18 Prozent bei der LDPD, 17,5 Prozent bei der NDPD.

Beide Parteien wiesen damit eine stark ähnliche soziale Zusammensetzung auf, beide Parteien sprachen seit den 70er Jahren die gleichen Zielgruppen an, beide Parteien vermeldeten ähnliche Mitgliederstärken. Allerdings mit einem bedeutenden Unterschied: Die LDPD konnte in den 80er Jahren weitaus mehr neue Mitglieder gewinnen als die NDPD. Der Zuwachs der DDR-Nationaldemokraten lag mehr als 50 Prozent unter dem der LDPD, die ursprünglich deutlich weniger Mitglieder zählte als die Konkurrenzpartei NDPD, wobei die Konkurrenz – auch für DDR-Verhältnisse – wirklich wörtlich zu nehmen ist und vor allem der NDPD zu schaffen machte.

Die stark überalterte Partei des Heinrich Homann bemühte sich intensiv um neue Mitglieder, die aber lieber der LDPD beitraten – wenn überhaupt einer Blockpartei. Die NDPD galt bei vielen Mitgliedern und DDR-Bürgern als politisch ausgebrannt und zunehmend überflüssig. Ihre Führung unter Homann agierte ungeschickt und unglücklich. Gerlach und Homann waren Intimfeinde, leitende Homann-Funktionäre haßten die LDPD-Leute.

Homann und seine Anhänger versuchten in den 80er Jahren, ihre Zuverlässigkeit zu beweisen und sich bei der SED anzubiedern. Zugleich wurde keine Gelegenheit ausgelassen, die LDPD in Mißkredit zu bringen. Die einfachen Mitglieder der NDPD, auch die kleinen Funktionäre, beteiligten sich jedoch weitgehend nicht an den Intrigen ihrer Partei-Oberen gegen die LDPD, mit der sie vor Ort vielfach befreundet waren. Diese Tatsache hat später – im März 1990 – den Beitritt der NDPD zum „Bund Freier Demokraten“ erleichtert; allerdings hatte zu diesem Zeitpunkt die NDPD bereits Zehntausende Mitglieder verlassen.

Generell ließen sich Blockparteimitglieder auf örtlicher Ebene nicht auf kleinliche Abgrenzungskämpfe untereinander ein, öfter zum Ärger ihrer Parteileitungen und der SED, die sich gerade das manchmal wünschten.

Die NDPD, 1948 gegründet für die kleinen, in der Regel unbelasteten NSDAP-Mitglieder sowie für ehemalige Wehrmatsangehörige, hatte in den 50er und

60er Jahren Verdienste bei der Integration dieser Schichten in das neue System. Über ein Mitgliedsbuch der NDPD konnten diese „Ehemaligen“ zurückfinden zu einem Mehr an Normalität in der frühen DDR, allerdings um den Preis der Überanpassung. Vielen ihrer Amtswalter und Mitglieder fehlte es an jeder Art von Zivilcourage und Selbstwertgefühl. Dankbar orientierten sie sich ausschließlich – in Treue fest – an ihren neuen Herren, froh, noch einmal Verantwortung übernehmen zu können und gebraucht zu werden.

Und sie wurden „gebraucht“ und benutzt, machten alle Windungen und Wendungen der SED-Politik gehorsam mit und versuchten manchmal sogar, in ihren Treuebekennnissen die SED in den Schatten zu stellen. Resultat: Die Mitgliedschaft konnte niemals ein einigermaßen eigenständiges Bewußtsein entwickeln, konnte sich nicht auf demokratisch-parlamentarische Traditionen berufen, hatte selbständiges Parteihandeln nie erlebt, immerhin ja bei der CDU und LDPD Mitte bis Ende der 40er Jahre vorhanden.

Als dann auch Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre das National-Demokratische, die ursprüngliche verbale Orientierung auf ein neutrales Gesamtdeutschland, eng befreundet mit der Sowjetunion, abgelegt werden mußte, begann die Dauerkrise der NDPD, die natürlich Auswirkungen auf die Mitgliedschaft hatte. Schließlich starben die „Ehemaligen“ weg, und die Partei hatte sich auf Zielgruppen zuzubewegen, die bereits von anderen – insbesondere von der LDPD – angesprochen wurden, städtische Mittelschichten zumal.

Der Mitgliederzugang blieb bescheiden. Man versuchte, Eheleute, Töchter und Söhne, Verwandte von Parteifreunden in die NDPD zu locken, wollte zeitweise buchstäblich NDPD-Familien organisieren, konnte aber trotzdem nie die Mitgliederzuwachsrate des Hauptkonkurrenten LDPD erreichen. Resignation machte sich breit, auch im mittleren und unteren Funktionärskorps. Die innerparteiliche Diskussion erlangte nicht die Intensität wie in CDU und LDPD.

Die NDPD war nie eine eigenständige Partei gewesen. Das machte sich in den 80er Jahren stärker bemerkbar als in den beiden anderen, den klassischen Blockparteien, die sich aus ihrer Tradition heraus auch an demokratischer Zeit noch orientieren konnten. Da konnte die Homann-Partei einfach nicht mithalten, und die Mitgliedschaft hatte auch nicht die Kraft, ihrerseits eine andere Politik einzufordern. Man hatte gelernt, sich anzupassen – mehr als in CDU und LDPD.

Schwierigkeiten beim Selbstwertgefühl und Resignation bei den Mitgliedern kennzeichneten auch die Situation in den 80er Jahren bei der vierten Blockpartei, der DBD, der Demokratischen Bauernpartei. Ende September 1989 zählt die DBD immerhin noch 125 000 „Parteikollegen“ – so nannte man die – und war damit zweitstärkste Blockpartei.

Die Partei bestand zu rund 70 Prozent aus Genossenschaftsbauern und durfte

sich zeitweise als die Partei der Klasse der Genossenschaftsbauern vorstellen sowie – bis in die 80er Jahre hinein – als „der engste Bündnispartner der SED“. Mithin war sie so etwas wie eine Blockpartei 1. Klasse. Grund: Entsprechend den Lehren Lenins sollten die Bauern der Hauptpartner der Arbeiterklasse sein.

Und diese Bauern wollte eben die DBD ansprechen und organisieren; allerdings von vornherein nicht die fortschrittlichsten dieser Klasse, sondern nur die politisch noch nicht sehr gereiften, die aus klein- und mittelbäuerlichen Schichten stammten. Die fortschrittlichsten Bauern hatten der SED beizutreten.

Ebenfalls wie die NDPD auch erst 1948 auf Initiative der Kommunisten gegründet, konnte die DBD zunächst einige zehntausend „werk tätige Einzelbauern“ gewinnen. Von Anfang an glich die Organisation mehr einer Berufsgruppenvertretung als einer Partei und verlor seit der Reaktivierung des VdgB, der Massenorganisation „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“, Anfang der 80er Jahre an Bedeutung auf dem Lande.

Obwohl angepaßt an die SED – die „Parteikollegen“ galten als „grüne Genossen“ und durften die Parteischulen der SED besuchen – und offen auf die sozialistische Ideologie eingeschworen, konnte die DBD-Führung ihre theoretisch bedeutsame Position nicht halten und mußte seit Mitte der 80er Jahre mit ansehen, wie die SED ihr den Boden entzog. Auf dem Rostocker Parteitag 1987 zeigte die Mitgliedschaft bei aller öffentlichen Gefolgschaftstreue deutliche Motivationsverluste. Die DBD-Funktionäre waren seinerzeit nicht mehr in der Lage, zur Zukunft ihrer Partei plausible Stellung zu nehmen; Mitglieder beklagten die politische Perspektivlosigkeit ihrer Bauernpartei.

Insgesamt fällt auf, daß die Kommunisten die von ihnen selbst erzeugten Produkte aus dem Jahre 1948 – NDPD und DBD – weniger wichtig nahmen als CDU und LDPD. Das mag auch daran liegen, daß sich die Mitgliedschaft der beiden nachgeborenen Parteien sehr viel anpassungsbereiter gab als die der beiden anderen Blockparteien.

Anzeichen für Opposition lassen sich bei DBD und NDPD nur bei der Vollkollektivierung in der Landwirtschaft und bei der „nationalen Frage“ erkennen; auch hier nur bei kleinen Minderheiten. Zwar wurde auch in den Ortsgruppen von DBD und NDPD offen diskutiert und kritisiert, wirklich demokratisch ist es aber nie zugegangen, und Parteifreunde, die der Parteiführung gefährlich werden konnten, fanden keinen Widerhall.

Abweichler und solche, die man dafür hielt, wurden im übrigen in allen Blockparteien sehr schnell an den Rand gedrängt und ausgeschlossen, in DBD und NDPD rücksichtsloser als in CDU und LDPD. Parteimitgliedern, die sich über längere Zeit inaktiv verhielten, legte man den Austritt nahe. Man erwartete, daß die monatlichen Mitgliederversammlungen von allen

Parteifreunden besucht wurden; offiziell kamen immer 80 bis 90 Prozent, in Wahrheit aber besuchten diese Veranstaltungen oft weniger als 50 Prozent.

Zusammenfassend: Die Mitgliedschaft in einer der vier DDR-Blockparteien sollte nicht durchweg negativ bewertet werden. Es war sicher keine Widerstandshandlung, diesen Parteien beizutreten, aber längst auch nicht immer Opportunismus. Die Mitgliedschaft bot denjenigen DDR-Bürgern eine Gelegenheit zum Mitmachen, die das damalige politische System als weitgehend geschlossen ansehen mußten und die die vorhandenen Rinnsale erwünschter Mitarbeit in Teil- und Randbereichen von Staat und Gesellschaft als Chance ansahen, sich einzubringen und zugleich Nichtkommunist zu bleiben.

Man konnte mit einer Blockpartei-Mitgliedschaft eine gewisse berufliche Karriere machen oder absichern, im örtlichen Politikbereich Einfluß nehmen auf zweit- und dritrangige Entscheidungen. Man konnte in den Ortsgruppen offen und kritisch diskutieren und Informationen von Parteifreunden erhalten, die Ämter im Staats- und Wirtschaftsapparat innehatten. Und man konnte – nicht zuletzt – in der Mangelwirtschaft der DDR Tauschbeziehungen zu Parteifreunden herstellen, die besser klappten als ohne Mitgliedsbuch; man half sich unter Parteifreunden intensiver. Auch der Gedanke an eine künftige deutsche Einheit, wenn auch nicht als Nahziel, blieb vor allem in LDPD und CDU, aber auch in Teilen der NDPD erhalten, nicht zuletzt durch Kontakte im Rahmen der innerdeutschen Städtepartnerschaften.

Da alle Blockpartei-Mitglieder aus verantwortlichen Positionen einschließlich des Schutz- und Sicherheitsbereichs herausgehalten wurden – es gab ja keine Offiziere oder Generale bei VP oder NVA, die einer Blockpartei angehörten –, gerieten sie nie in die Versuchung, Entscheidungsträger werden zu müssen, und konnten deshalb, auch im Selbstverständnis, relativ sauber und unbelastet bleiben in realsozialistischer Umwelt. Man war einer Partei von Stellvertretern beigetreten, nicht der herrschenden SED.

Mittun und Mitmachen gaben in diesem System die Möglichkeit, Nischen zu bilden und zu besetzen, in denen es in der Regel ein wenig freier und menschlicher zugeht als anderswo. Diese Nischen blieben frei von wirklicher Verantwortung und Macht und damit auch frei von größerer Schuld.

Daß aus heutigem Wissen heraus die totale Verweigerung im Realsozialismus der DDR die deutlichere Antwort an die SED gewesen wäre, werden auch viele der früher rund 500 000 Blockpartei-Mitglieder einräumen. Aber, wie gesagt und eingangs erwähnt: Bis zum Herbst '89 mußte man damit rechnen, daß die DDR 1999 ihren 50. Geburtstag begehen würde.

Schönen Dank. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke schön, Herr Lapp. Wir werden nachher in der Fragerunde auch Sie sicherlich noch befragen.

Ich möchte jetzt Herrn Hertle nach vorn bitten. Hans-Hermann Hertle ist

wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung. Er hat sich mit der Geschichte der Gewerkschaften in der alten Bundesrepublik ebenso wie in der ehemaligen DDR beschäftigt. Er hat zusammen mit dem Kollegen Wilke vor wenigen Monaten einen Dokumentenband über „Das Genossen-Kartell – die SED und die IG Druck und Papier/IG Medien“ veröffentlicht, hat über den FDGB gearbeitet und insbesondere im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Schürer-Dokuments vom Herbst 1989, eines Dokuments, das über die wirtschaftliche Situation der ehemaligen DDR, wie sie im Herbst 1989 nun tatsächlich war, Auskunft gibt, auch noch zusätzliche Dokumente veröffentlicht. Gerade dieses Dokument wird uns ja im Zusammenhang mit dem Thema „Wirtschaft“ noch intensiv beschäftigen.

Herr Hertle, Sie haben das Wort.

Hans-Hermann Hertle: Herr Vorsitzender, ich bedanke mich für die Vor- schußlorbeeren.

Nach den Beiträgen meiner Vorredner erkenne ich allmählich die geschickte Regie der Enquete-Kommission. Ich hatte schon Bedenken, daß ich als Dritter, als der ich hier spreche, dadurch Aufmerksamkeit erringen muß, daß ich besonders scharf pointiere; das habe ich auch vor. Aber die Aufmerksamkeit ist mir jetzt vielleicht auch noch dadurch sicher, daß ich in bezug auf den FDGB zumindest zu der gegenteiligen These kommen werde im Vergleich zu meinen Vorrednern.

Herr Eppelmann hat in seiner Einleitung darauf hingewiesen, daß in der Öffentlichkeit die Bürger in der DDR Blockparteien und Massenorganisationen überwiegend als Transmissionsriemen wahrgenommen haben. Hier scheint mir, wiederum bezogen auf den FDGB, der Fall vorzuliegen, daß die Forschung diese Alltagswahrnehmung nicht nur bestätigt, sondern durch die Möglichkeit der Akteneinsicht, die ich jetzt hatte, sogar noch vertieft.

Die These, die Sie dieser Einleitung schon entnehmen können, ist, daß der FDGB zumindest in dieser Hinsicht, was Gefolgschaftstreue und Transmissionsfunktion angeht, seinen Plan übererfüllt hat.

Zur Absicherung ihres Herrschaftssystems und bei der Durchsetzung ihrer Politik stützte sich die SED neben den Blockparteien auf ein Netz von Massenorganisationen – ich möchte sie jetzt nicht alle aufzählen –, die alle sozialen Gruppen und Schichten der Gesellschaft entlang ihrer sozialen, kulturellen, wissenschaftlichen, sportlichen und anderen Interessen organisierten bzw. organisieren sollten.

Das weitverzweigte Kapillarenetz der Massenorganisationen in die Tiefen und Verästelungen der Gesellschaft machte sie für die SED als Transmissions- und Kontrollorgan und für das MfS als Informationsbeschaffungs- und Beeinflussungsinstrumente besonders attraktiv. Jede durch sie erhaltene Information

mußte nicht mit eigenen Mitteln erarbeitet oder – wie im Falle des MfS – konspirativ erspäht werden.

Politische Ideologie- und Verhaltenskontrolle in ihren vielfältigen Formen und im organisierten Zusammenspiel zwischen der SED, den Massenorganisationen und dem MfS war im SED-Herrschaftssystem – soziologisch ausgedrückt – das funktionale Äquivalent zur Intermediarität autonomer gesellschaftlicher Organisationen und politischer Institutionen in pluralistisch verfaßten westlichen Demokratien und eine wesentliche Bestandsbedingung der kommunistischen Diktatur.

Entgegen Tendenzen in der westdeutschen DDR-Forschung vor 1989, dem FDGB eine wachsende Bedeutung als eigenständiger Interessenorganisation im politischen System der DDR zuzuschreiben, möchte ich im folgenden die Thesen belegen und zur Diskussion stellen, daß der FDGB in seiner Hauptfunktion auf Transmission und Kontrolle ausgerichtet war und entsprechend von einer wie auch immer gearteten „Interessenorganisation“ in seinem Zusammenhang kaum die Rede sein kann.

Zunächst zur Steuerung des FDGB durch die SED. Der FDGB war mit 9,6 Millionen Mitgliedern nicht nur die größte Massenorganisation der SED, sondern mit seiner nahezu totalen Erfassung aller Beschäftigten zugleich die wichtigste. Auch die Nicht-Organisierten waren exakt erfaßt: Am 1. Januar 1989 waren des exakt 207 356 Beschäftigte, die nicht im FDGB organisiert waren.

Mit seiner Präsenz in allen Betrieben und Verwaltungen, mit 351 792 FDGB-Gruppen, 25 403 Abteilungsgewerkschaftsorganisationen, 47 477 Betriebsgewerkschaftsorganisationen, 1 698 Kreisvorständen der Fachabteilungen, 237 FDGB-Kreisvorständen, 211 Bezirksvorständen der Fachabteilungen und 15 FDGB-Bezirksvorständen verfügte der FDGB von den Betrieben bis in die Bezirke über den dichtesten, flächendeckendsten politischen Apparat der DDR, mit annähernd einer Milliarde Mark Einnahmen alleine aus Mitgliedsbeiträgen über den größten jährlichen Finanzetat und mit 16 250 hauptamtlichen Kadern (1987) über die meisten politischen Funktionäre aller Massenorganisationen.

Die Monopolstellung des FDGB war in der Verfassung der DDR (Artikel 44 Absatz 1) und im Arbeitsgesetzbuch rechtlich abgesichert. Die ihm in Artikel 44 Absatz 2 zugesprochene Unabhängigkeit – „Die Gewerkschaften sind unabhängig. Niemand darf sie in ihrer Tätigkeit einschränken oder behindern“ – nahm er in der Weise für sich in Anspruch, daß er sich Artikel 1 der Verfassung und dem SED-Parteistatut als Supra-Verfassung unterwarf. In seiner Satzung anerkannte er den Führungsanspruch der SED und bekannte sich zum Marxismus-Leninismus als ideologischer Grundlage seiner Arbeit.

Dieser Führungsanspruch der SED wurde im FDGB mit administrativ-zentralistischen Maßnahmen durchgesetzt:

FDGB-Kongresse fanden zeitlich stets unmittelbar nach den SED-Parteitagungen statt. Für die Wahl der Delegierten gab es Vorgaben des Bundesvorstandes für die Bezirksvorstände des FDGB und die Zentralvorstände der Industriegewerkschaften/Gewerkschaften. Diese betrafen die parteipolitische, soziale und berufliche Zusammensetzung der Delegierten.

Das Politbüro setzte den FDGB-Vorsitzenden und seinen Stellvertreter vor der Wahl auf dem Kongreß faktisch im Politbüro ein. Das entsprechende Dokument ist vorhanden.

Die Zusammensetzung des Sekretariats, des Präsidiums und des Bundesvorstandes des FDGB wurde vor deren Wahl auf dem FDGB-Kongreß stets im ZK-Sekretariat „bestätigt“. Von den 240 Mitgliedern und Kandidaten gehörten 79,6 Prozent der SED und 0,4 Prozent der CDU an – das war einer; 20 Prozent waren parteilos.

In der politischen und administrativen Arbeit wurde der Führungsanspruch über die „Geschäftsordnung für den Apparat des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ durchgesetzt, in der die Beschlüsse und Dokumente der SED als vorrangige Grundlage der Tätigkeit der Abteilungen des Bundesvorstandes des FDGB festgeschrieben waren, und durch die ZK-Abteilung „Gewerkschaften und Sozialpolitik“ im ZK-Apparat überwacht. Das Sekretariat des FDGB tagte mittwochs, um so die Beschlüsse der vorangegangenen dienstäglichen Politbüro-Sitzungen für den FDGB „auswerten“ zu können. Sitzungen des FDGB-Bundesvorstandes – also dieses 240-Personen-Gremiums – gingen stets Sitzungen der SED-Parteilgruppe dieses Gremiums voraus, auf denen die politische Linie „festgeklopft“ wurde.

Die „erfolgreiche Verwirklichung der Beschlüsse“ – wie es im SED-Jargon hieß – der jeweiligen SED-Parteitage in der täglichen Arbeit der FDGB-Funktionäre besorgte und überwachte die „Kreisleitung der SED der zentralen Organe der Gewerkschaften“, die neben der ZK-Abteilung eigens für die SED-Mitglieder in den Apparaten des FDGB-Bundesvorstandes und der in Berlin ansässigen Fachabteilungen gebildet worden war. Diese rund 1 500 Personen starke Kreisparteiorganisation untergliederte sich in 31 Grundorganisationen mit 11 Abteilungsparteiorganisationen und 69 Parteilgruppen.

Aufgabe und Selbstverständnis des Sekretariats dieser SED-Kreisleitung umriß dessen 1. Sekretär in seinem Rechenschaftsbericht auf einer Kreisdelegiertenkonferenz 1981 folgendermaßen – die späteren Dokumente sind im SED-Archiv leider noch nicht zugänglich: „Das Anliegen der Führungstätigkeit der Kreisleitung und ihres Sekretariats bestand darin, in diesem Sinne“ – nämlich der Durchsetzung der Beschlüsse der Partei – „die Wirksamkeit der politisch-ideologischen Arbeit als Herzstück der Parteilarbeit ständig zu erhöhen, die Funktionäre und Mitglieder unserer Kreisparteiorganisation für ihre Aufgaben ideologisch zu stählen und ihr revolutionäres Handeln stärker auszuprägen.“

Über die Kaderpolitik wurde die Dominanz der SED auf personeller Ebene gesichert. Die Vorsitzenden der Vorstände aller Ebenen waren gleichzeitig qua Amt kooptierte Mitglieder der SED-Parteileitung der gleichen Ebene. Dieses System setzte sich nach unten bis in die Betriebe fort: 98,2 Prozent der BGL-Vorsitzenden der Kombinate, 47,5 Prozent der BGL-Vorsitzenden und 56,4 Prozent der AGL-Vorsitzenden waren Mitglieder der SED und somit „gesetzte“ Mitglieder der Parteileitungen der jeweiligen Ebene. Dadurch waren alle diese Funktionäre Nomenklaturkader sowohl der SED als auch des FDGB, gewissermaßen Doppel-Nomenklaturkader. Über ihre Verwendung entschied immer die jeweilige Parteiebene mit. Die Mitglieder des Sekretariats und die Abteilungsleiter des Bundesvorstandes waren als oberste Führungsgarnitur des FDGB ausschließlich Nomenklaturkader des Zentralkomitees der SED.

Die Kaderfrage war zugleich als „Klassenfrage“ und „erstrangige politische Aufgabe“ – so hieß es im Kaderbeschluß des FDGB – nicht allein eine Angelegenheit von SED und FDGB, sondern auch des MfS. Die Einsetzung in leitende Funktionen beim FDGB setzte eine Sicherheitsüberprüfung, zuletzt nach der „Richtlinie Nr. 1/82 zur Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen“, voraus, nach der es dem MfS im „engen politisch-operativen Zusammenwirken“ mit der betroffenen Organisation vorbehalten blieb zu prüfen – ich zitiere –, „ob die sozialistische Gesellschaft der betreffenden Person das für den vorgesehenen Einsatz bzw. für die zu erteilende Erlaubnis oder Genehmigung erforderliche Vertrauen entgegenbringen kann oder ob aus anderen sicherheitspolitischen Gründen zum Schutz der Person und zur Verhinderung anderer Gefahren eine ablehnende Entscheidung erforderlich ist.“

Das sicherheitspolitische Denken und Handeln der staatlichen Leiter und zuständigen Funktionäre gesellschaftlicher Organisationen – so hieß es in der Richtlinie weiter – sei so zu beeinflussen, „daß sie die durch das MfS getroffenen Entscheidungen akzeptieren, sich mit diesen gegenüber den überprüften Personen identifizieren und sie als ihre eigenen Entscheidungen ausgeben“.

Die Rolle, die kaderpolitischen Beschlüsse des Sekretariats und Präsidiums auf der Grundlage von Vorarbeiten der Kaderabteilung vorzubereiten bzw. die vom MfS getroffenen Entscheidungen als ihre Kadervorschläge auszugeben, fiel der sechsköpfigen Kaderkommission des FDGB zu. Schriftliche Unterlagen dieser Kaderkommission sind im FDGB-Archiv bis auf eine Ausnahme nicht überliefert; die Kaderakten selbst wurden den Beschäftigten im Frühjahr 1990 – nach dem Vorbild des Modrow-Erlasses – ausgehändigt.

Zu den Haupttätigkeitsfeldern des FDGB: In seiner 1989 erschienenen Untersuchung über den FDGB unterschied Ulrich Gill fünf Haupttätigkeitsfelder des FDGB: Ideologievermittlung, also die „Schulen der sozialistischen Arbeit“; Arbeitsmobilisierung – der FDGB als „Motor des sozialistischen Wett-

bewerbs“ –; Bereitstellung sozialer Dienste; Kaderrekrutierung; betriebliche Mitwirkung in Form der Plandiskussion.

Die für die Mitglieder bedeutsamste Rolle spielte der FDGB sicher als vom SED-Staat beliebter Anbieter knapper Sozialstaatsleistungen, als Verwalter der Sozialversicherung und als sogenannter Haupterholungsträger der Werktätigen, womit den FDGB-Mitgliedern ein „staatlich gefördertes und subventioniertes Äquivalent für die ihnen vorenthaltene Reisefreiheit“ gewährt wurde, wie es ein FDGB-Funktionär nach der Wende formulierte.

Nach einer ersten Auswertung der Akten des FDGB-Bundesvorstandes müssen diesen Tätigkeitsfeldern jedoch zwei weitere wichtige Bereiche hinzugefügt werden:

Erstens die „Westarbeit“ des FDGB.

Dem FDGB kam in der Politik der SED ein hoher Stellenwert bei der zielgerichteten Beeinflussung der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik zu, in dessen Mittelpunkt der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften standen. Dieser Stellenwert wurde von der SED ideologisch und historisch begründet. Ideologisch war die „Einheitsgewerkschaft“ für die SED die umfassende „Klassenorganisation der Arbeiterklasse“ in der Bundesrepublik; in ihren Reihen sollte die „Aktionseinheit“ zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten artikuliert und durchgesetzt werden, und diesem Ziel war die „Westarbeit“ des FDGB verpflichtet. Er hatte dabei – das glaube ich zusammen mit Professor Wilke in unserer Veröffentlichung nachgewiesen zu haben – etwas mehr Erfolg als die Blockparteien.

Der zweite Punkt, der bei Gill fehlt, ist die Ideologiekontrolle als Funktion des FDGB. Mit seinem hochformalisierten und ausdifferenzierten Berichtswesen verfügte der FDGB über ein wichtiges Instrument zur Erhebung, Erfassung und Auswertung von Informationen über das politische Verhalten der Beschäftigten, die in der Regel an das Zentralkomitee der SED und das Ministerium für Staatssicherheit weitergeleitet wurden.

Deshalb einige Anmerkungen zur Ideologiekontrolle. Das Informations- und Berichtswesen des FDGB – das waren „Berichte über Stimmung und Meinungen der Mitglieder“, „Informationen über besondere Vorkommnisse“ – beruhte auf Beschlüssen des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB und erfüllt im wesentlichen drei Funktionen: der SED-Führung, dem MfS und nicht zuletzt der FDGB-Spitze republikweite Informationen über die politischen Diskussionen der Beschäftigten in den Betrieben zu geben, zweitens mögliche „Fehlentwicklungen“ und politische Konflikte frühzeitig zu erkennen und zu kanalisieren sowie – drittens – abweichende Meinungen und abweichendes Verhalten individualisiert auszuweisen, um sie mit selektiven Integrations- und/oder Repressionsmaßnahmen „bearbeiten“ zu können.

Die Bedeutung gerade dieses letzten Aspektes unterstreicht eine freie Rede

des FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch auf einer internen SED-Veranstaltung im Januar 1979 – Sie erlauben mir, daß ich etwas länger daraus zitiere. Harry Tisch sagte: „Und weil es unsere Gewerkschaftsarbeit betrifft, Genossen: Ich will euch ein Beispiel aus Hoyerswerda im Bezirk Cottbus bringen. Da hauen 12 Dachdecker das Mitgliedsbuch der Gewerkschaft auf den Tisch und erklären ihren Austritt. Warum erklären sie ihren Austritt? – Weil sie mit der Urlaubsregelung ab 1. Januar 1979 nicht einverstanden sind; das ist ihnen zu wenig.

Warum sind sie nicht zufrieden? – Sie bringen das Argument: Weil die Reinemachefrauen jetzt genau so viel Urlaub bekommen wie sie; das sei ungerecht. Ich muß euch sagen, Genossen, das ist eine tolle Argumentation. Welche Klassensolidarität, Genossen? Und bei diesen zwölf Mann zwei Kommunisten, zwei Mitglieder unserer Partei! Also ich muß euch sagen, die müssen ein tolles kommunistisches Bewußtsein haben, diese zwei Mitglieder unserer Partei. Und ein bißchen nachgehakt bei unseren Funktionären, da sagt da einer: Na ja, das ist eine Kraftprobe von denen.

Genossen, so kann man nicht an ideologisch ernsthafte Fragen herangehen. Ich will nicht sagen, daß alle zwölf schlechte Menschen sind, aber für mich steht fest, ohne genau hinzugucken, Genossen, daß unter diesen zwölf ein Bandit sein muß (Heiterkeit), der diese Sache nur genutzt hat, um eine Gelegenheit zu finden, gegen den Arbeiter-und-Bauern-Staat anzustinken (Heiterkeit) und den muß man finden und da darf man nicht sagen, das ist eine Kraftprobe, sondern da muß man analysieren, da muß man hinein in das Kollektiv und muß sich auseinandersetzen; denn wir stehen, möchte ich sagen, in einer harten Klassenauseinandersetzung, und da muß man schärfer, gründlicher analysieren, wie die Lage hier und dort in jenem Kollektiv ist.

Und wer noch, wie diese Kollegen dort glauben, die Gewerkschaft gegen die Partei mobilisieren zu können, gegen den Staat unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht, die sollten immer wissen, daß nicht wir, sondern sie daran scheitern werden.“

Die Lage in den Kollektiven gründlich und scharf zu analysieren, die „Banditen“ zu finden, die glaubten, die Gewerkschaft gegen die Partei mobilisieren zu können, und gegen den Arbeiter-und-Bauern-Staat „anstanken“, eine „harte Klassenauseinandersetzung“ mit ihnen zu führen und diese Kollegen zum Scheitern zu bringen, war Aufgabe der im Zuständigkeitsbereich des Sekretärs für Organisation, Kader und internationale Gewerkschaftsbeziehungen angesiedelten Abteilung Organisation, die mit einer Ausstattung von 32 Politischen Mitarbeitern zu den größten und wichtigsten Abteilung des operativen Apparates des FDGB-Bundesvorstandes zählte.

Die Abteilung Organisation organisierte, koordinierte und wertete die Informationstätigkeit des FDGB aus und stützte sich dabei auf regelmäßig abzuliefernde Informationsberichte aller Organisationsebenen. Der halbjährlich

von ihr erstellte Informationsplan differenzierte zwischen regelmäßiger, periodischer und fallweiser Informationserhebung über die Entwicklung der Leitungstätigkeit auf den verschiedenen Organisationsebenen – vom Betrieb über das Kombinat bis zu Kreis und Bezirk –, die Durchführung der Beschlüsse, die Entwicklung des Mitgliederlebens, die politische Stimmungs- und Meinungsentwicklung der Beschäftigten sowie sogenannte besondere Vorkommnisse. Der „Ordnung über die Erfassung und Übermittlung von Informationen über besondere Vorkommnisse“ zufolge waren Arbeitskonflikte und Arbeitsniederlegungen, Havarien und Brände, Massenunfälle und Katastrophen mit größeren Produktionsausfällen, Sabotageakte, direkter Feindeinfluß und Provokationen, Vorkommnisse in FDGB-Einrichtungen wie die Verletzung der Kaderprinzipien, Einbrüche, Diebstähle und Unterschlagungen sowie besondere Vorkommnisse mit in der DDR beschäftigten ausländischen Werkträgern von den Betriebsgewerkschaftsleitungen sofort den FDGB-Kreisvorständen zu melden. Die Meldungen waren von dort an die FDGB-Bezirksvorstände weiterzuleiten, die schließlich die Abteilung Organisation zu unterrichten hatten.

Das Mißtrauen des Führungsapparates gegenüber den diesem langwierigen Instanzenweg innewohnenden Tendenzen zur Verdichtung, Verfälschung oder gar zur Verflüchtigung von Informationen – ironischerweise bestand gleichermaßen Furcht vor „Schwarzmalerei“ wie vor „Schönfärberei“ – war mit der Einrichtung einer Untersuchungsgruppe von 15 sogenannten Operativ-Instrukteuren in der Abteilung Organisation institutionalisiert worden.

Die von der Abteilung Organisation erstellten „Berichte über die Stimmung und Meinungen der Mitglieder“ zu aktuellen politischen Ereignissen sowie die „Berichte über besondere Vorkommnisse“ enthielten im Verteilerkopf in der Regel ein „X“, welches das Ministerium für Staatssicherheit bezeichnete, und wurden in einer eigens im Sekretariat der Abteilung Organisation des FDGB-Bundesvorstandes im Gebäude am Märkischen Ufer für das MfS eingerichteten Aktenablage deponiert, die von hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS regelmäßig geleert wurde.

Leider läuft mir die Zeit davon. Ich würde Ihnen gern einige Beispiele für diese Tätigkeit bringen; aber das können wir vielleicht in der Diskussion nachholen.

Ich komme zum Schluß, wobei ich auch noch einen Punkt auslassen muß, der die Mitarbeit des FDGB bei der sogenannten Zurückdrängung von Übersiedlungersuchen betrifft; das ist ein Unteraspekt dieser Kooperation mit dem MfS.

Durch die Errichtung großer Massenorganisation wie des FDGB, der FDJ, des Kulturbundes, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, politischer Institutionen wie der Nationalen Front und die Etablierung eines Blockparteien-Systems, deren gemeinsame Existenzvoraussetzung die Anerkennung des Führungsanspruchs der SED war, entlastete sich die SED bei der

politischen Führung des Landes, ohne Gefahr zu laufen, ihre Monopolstellung zu verlieren. Die gesellschaftlichen Organisationen wiesen jedoch unter diesen Bedingungen, den Bedingungen einer gesellschaftlichen Zwangshomogenisierung, könnte man sagen, einen großen Nachteil auf: Die soziale Kommunikation funktionierte nur von oben nach unten, ohne wirksame, authentische Mechanismen der Rückkoppelung. In der SED-Diktatur wurde diese Funktion der Vermittlung und Rückkoppelung vorhandener, auch gegensätzlicher gesellschaftlicher Interessen durch ein engmaschiges, mehrfach ausgelegtes Netz der inneren Kontrolle und Überwachung ersetzt. Bei der Verfeinerung dieses Netzes leisteten die Massenorganisationen der SED einen wichtigen Beitrag, wobei dem FDGB als größter Massenorganisation möglicherweise die bedeutendste Rolle zufiel.

Als die SED im Herbst 1989 ihre führende Rolle verlor, tuckerte der Motor aus, als dessen Transmissionsriemen sich der FDGB, seine Untergliederungen und Funktionäre stets verstanden hatten. Seine ungewerkschaftliche Tätigkeit und gewerkschaftliche Untätigkeit hatten den FDGB so umfassend diskreditiert, daß sich sein Zusammenbruch nahezu lautlos und sein Verschwinden unauffällig vollzog.

Schönen Dank (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Danke schön, Herr Hertle, vor allem auch dafür, daß Sie sich von dem umfangreicheren Manuskript, das Sie hatten und das sicherlich auch der Veröffentlichung dienen wird, gelöst haben.

Ich möchte jetzt folgende geschäftsleitende Bemerkungen machen. Zunächst werde ich noch die Wortmeldungen aufnehmen. Nach der Einladung war für 11 Uhr eine Pause vorgesehen. Ich glaube, wir sollten die Zeit der Pause für eine Fragerunde nützen. Es haben sich ja eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen schon gemeldet. Gegen 11.30 Uhr findet dann ein Pressegespräch des Vorsitzenden und der Obleute im Nebenraum statt.

Bisher liegen mir Wortmeldungen vor von Herrn Meckel, Frau Fischer, Herrn Mitter, Herrn Gutzeit, Frau Barbe, Frau Dr. Wilms, Herrn Dehnel, Prof. Wilke, Herrn Fricke, Frau Michalk und Herrn Poppe. Dazu kommen jetzt Frau Wisniewski und Herr Weisskirchen.

Ich darf noch darum bitten, die Fragen möglichst kurz zu halten und zu sagen, ob sie an einen, an zwei oder an alle drei Referenten gerichtet sind. Bitte, Herr Meckel als erster.

Abg. Meckel (SPD): Ich bin sehr dankbar für diese Vorträge des heutigen Vormittags, die eine unterschiedliche Themenstellung hatten und deshalb natürlich von sehr unterschiedlicher Basis ausgegangen sind. Der erste und der dritte Vortragende hatten die Möglichkeit – und es damit leichter –, konkret mit Dokumenten umzugehen und sich auf Dokumente zu beziehen. Wenn man